V-11-013 Humanität sichern und Asylrecht umsetzen: Die Asylverfahrensberatung muss vor Ort weiter finanziert werden!

Antragsteller*in: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 11.06.2026

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 13 bis 17:
~~1. Druck auf die Bundesregierung erhöhen~~

~~Wir GRÜNE in NRW und unsere Landtagsfraktion fordern, dass NRW sich stark macht die bundesweite Abschaffung der Fördermittel für die unabhängige Asylverfahrensberatung ab 2027 zu stoppen und stattdessen ein verlässliches Finanzierungsbündel für die AVB-Strukturen zu sichern.~~

1. Der Bund muss die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung erhalten und stärken

Wir GRÜNE in NRW fordern den Bund auf, die Pläne zur bundesweite Abschaffung der Fördermittel für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung ab 2027 zu stoppen und stattdessen eine verlässliche, mehrjährige und strukturell abgesicherte Finanzierung der Asylverfahrensberatung sicherzustellen. So fordert es auch die Integrationsminister*innenkonferenz in ihrem Beschluss von April 2026 auf Antrag aus NRW.